

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätin Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

betreffend Unterstützung für Konvertiten

Das Christentum ist die weltweit am stärksten, aber nicht die einzige verfolgte und unterdrückte Religionsgemeinschaft. Schätzungen gehen von weltweit rund 100 Millionen Christen aus, die in über 50 Ländern wegen ihres Glaubens benachteiligt oder durch Verhaftungen, Misshandlungen, Folter oder Tod bedroht sind. Anderen Religionsgemeinschaften geht es nicht selten ähnlich.

In den vergangenen Monaten/Jahren ist die Anzahl von muslimischen Flüchtlingen, die konvertieren wollen und dies auch machen, österreichweit massiv gestiegen. Doch um die Sicherheit der Konvertiten ist es nicht allzu gut bestellt – immer wieder wird von Drohungen auch in Österreich (speziell Wien) erzählt. Und viele sorgen sich um ihre Familienangehörigen, die noch in den Heimatländern sind. Konvertiten, die vom islamischen zum christlichen Glauben übergetreten sind, sehen sich mit öffentlicher Verachtung, systematischer Diskriminierung oder Strafverfolgung wegen angeblicher Blasphemie in islamischen Staaten konfrontiert.

Es ist inakzeptabel, dass Menschen aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses verfolgt und bedroht werden, daher möge sich die Wiener Stadtregierung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Bundes umgehend für einen verstärkten Schutz der Menschen vor religiös motivierter Gewalt einsetzen.

Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat verurteilt Übergriffe auf Konvertiten und spricht sich für die Wahrung der Religionsfreiheit aus. In einer Stadt wie Wien wird nicht hingenommen, dass Menschen aufgrund ihres Glaubens diskriminiert, bedroht oder verfolgt werden. Der Wiener Gemeinderat verurteilt ausdrücklich die Verfolgung von Christen oder anderer Religionsangehöriger.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 30.06.2020

